

# i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 291

13. August 2003

9. Jahrgang

## Die Stunde Guatemalas schlägt

Angesichts der hartnäckigen – und schliesslich erfolgreichen – Versuche von Ríos Montt, an den Präsidentschaftswahlen vom Herbst teilzunehmen, erscheinen derzeit zahlreiche Artikel über den "General" und die Regierungspartei, die diesen bei seinen Machenschaften treu unterstützt, was sich am vergangenen "Schwarzen Donnerstag" in allen Facetten zeigte. Am 27. Juli wurde der folgende Artikel von Carlos Tárano in *La Opcion* veröffentlicht, der die Vorkommnisse in einen umfassenden Kontext setzt.

Dezember 1999: Eine nationalistische, hierarchische, im Armeestil geführte Partei, geleitet von einem alten, mesianischen Militär, erreicht den Gipfel ihres Ruhmes: 1,2 Millionen GuatemalteInnen geben ihr die Erlaubnis, das Land während der nächsten vier Jahre zu regieren. Noch niemals zuvor hatte eine politische Partei in der zweiten Wahlrunde mit einer solchen Menge an Stimmen triumphiert. Die Partei des "blauen Händchens" berührte den Himmel: Sie hatte sowohl die Präsidentschaft als auch die absolute Mehrheit im Kongress inne (Einkammersystem mit 113 Abgeordneten). Auf diese Weise öffneten die BürgerInnen die Tore für den Einzug der Willkür.

Vier Jahre nach diesen grandiosen Momenten des Ruhmes sucht die Republikanische Front Guatemalas (FRG), Institution, die nach dem Bild des Generals José Efraín Ríos Montt gemacht ist, verzweifelt die beste Taktik, um sich wieder in einem Wahlpanorama zu positionieren, in dem ihr die Meinungsumfragen keinerlei Hoffnung auf eine Wiederwahl machen.

Die Presse kritisierend, in den Wahlveranstaltungen mit Steinen werfend, während es gleichzeitig in zahlreichen Orten ausgebuht wird, schlägt das "Händchen" sich den Weg frei, um sich an der Macht zu halten. So geschah es ganz offensichtlich an jenem, inzwischen schon als "Schwarzer Donnerstag" bezeichneten vergangenen 24. Juli, als Tausende von FRG-SympathisantInnen, die von Abgeordneten und Leuten aus der Führungsetage organisiert waren, in Guatemala-Stadt Panik verbreiteten, ohne dass die zuständigen Autoritäten auch nur einen Finger rührten, um dies zu vermeiden und dabei sogar den Tod eines Journalisten verursachten.

Aber, was ist bloss in den vergangenen vier Jahren geschehen, dass sich die Perspektive so radikal gewendet hat? Diese Frage beantwortet der Wirtschaftswissenschaftler Pablo Rodas Martini von der *Vereinigung für Sozialforschung und -untersuchungen (ASIES)* folgendermassen: "In den letzten Jahren musste die FRG nicht auf die Gewalt zurückgreifen, da sie auf Rückhalt in der Bevölkerung zählen konnte. Jetzt, wo ihr die Sympathien entglitten sind, hat sie sich zu einem verletzten Tier gewandelt und schickt ihre Kampfgruppen auf die Strassen. Die faschistische Natur der Partei zeigt sich heute in ihrer ganzen Dimension".

In den Wahlversammlungen von Ríos Montt ist es wieder gängig geworden, die – wie er selbst und seine

Anhänger sie ohne Unterschied nennen – "Wirtschafts-Super-Spitze" oder "Oligarchie" zu beschuldigen, für den Grossteil des Leids verantwortlich zu sein, über das sich die GuatemalteInnen beschwerten. Angefangen beim Elend – mehr als 60% der 11,3 Mio. EinwohnerInnen leben in extremer Armut – über die Steuerflucht, die wirtschaftliche Krise, die Korruption, den Wechselkurs bis hin zum Analphabetismus, werden praktisch alle Probleme "den Reichen" in die Schuhe geschoben, derweil sich die öffentlichen FunktionärInnen jeglicher Verantwortung entziehen.

Die FRG hatte 1999 dank ihrer Reden gegen die Reichen fast die absolute Wahlmehrheit erreicht. Dafür verwendete sie die Rhetorik eines populistischen Kandidaten, Alfonso Portillo, der in der Universität von Chilpancingo in Mexiko studiert hat, wo er, wie er behauptet, seinen Abschluss als Anwalt erworben hat, obwohl es keine Unterlagen gibt, die dies bestätigen. In Mexiko sah er sich in den 80er Jahren in einen seltsamen, niemals aufgeklärten Vorfall verwickelt, in dem er zwei Studierende ermordete und vor der mexikanischen Justiz floh, bis der Fall verjährt war und er nicht mehr verhaftet werden konnte.

### Die Macht

"Hier lebt der Präsident, aber der, der regiert, lebt gegenüber", sagte man in Mexiko über die extremistische Führung von Plutarco Elías Calles. In Guatemala herrscht derzeit genau die gleiche Situation mit einem Präsidenten ohne Führung und ohne Macht. Die wahre Macht des Staates liegt in den Händen von Ríos Montt, 77-jährig, pensionierter General, zum Evangelismus konvertiert, Putschist und angeklagt, einer der schlimmsten Verbrecher gegen die Menschenrechte in Guatemala zu sein.

Im besten Stil der alten lateinamerikanischen Staatsführer gründet Ríos Montt seine Stärke und Attraktivität für die Massen auf das Bild eines Mannes mit eiserner Hand. So wie er es während der 17 Monate seiner tatsächlichen Regierungszeit in 1982-83 erkennen liess, in der er nicht nur die berühmt-berüchtigten Sondergerichtsbarkeits-Tribunale schaffte, um mutmassliche StraftäterInnen von verummten RichterInnen zum Tode verurteilen zu lassen, sondern auch für das Ausradieren von 440 Dörfern, der Verhaftung und dem Verschwinden von un-

gefähr 50 Tausend Personen und dem Tod von mindestens weiteren 100 Tausend Menschen verantwortlich war.

Diesbezügliche Anklagen stammen von nationalen humanitären Institutionen, wie der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) oder der Witwenorganisation CONAVIGUA, aber auch von der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú. Internationale Organisationen mit grossem Ansehen, wie das *Büro von Washington für Lateinamerika* (WOLA), die *Interamerikanische Menschenrechts-Kommission* (CIDH) und selbst die *Organisation der Vereinten Nationen* (UNO) unterstützen diese Klagen.

Während die FRG-SympathisantInnen am Freitag, 25. Juli in den Strassen der Hauptstadt Randalen gegen PassantInnen und JournalistInnen machten, verschickte die CIDH eine Pressemitteilung, in der sie bestätigte, dass die Teilnahme von Ríos Montt als Präsidentschaftskandidat "eine schwerwiegende Drohung gegen die Konsolidierung des Rechtsstaates, der demokratischen Stabilität und den wirklichen Schutz der Menschenrechte in Guatemala ist."

### Die eiserne Hand

Die Diktatur von 1982-83 war nicht der erste Auftritt des Generals auf der politischen Bühne. Bereits 1974 kandidierte er für die Präsidentschaft im Namen einer Koalition von Gruppen des politischen Zentrums, damals GegnerInnen der herrschenden Militärregime. Obwohl er an den Urnen triumphierte, wurde ihm dieser Sieg von der in jener Epoche dominierenden Militärspitze entrissen, und zum Tausch gegen sein Schweigen und seine gute Miene zum bösen Spiel, wurde ihm ein diplomatisches Amt in der Botschaft in Spanien vermach.

Erst während seiner tatsächlichen Regierungszeit begann Ríos Montt, seine Vorliebe für den Gebrauch von Macht und den Nutzen von Autoritarismus zu beweisen. Bis zu dem Grad, dass er sich mit dem Oberbefehlshaber der Armee verfeindete, der ihn, überdrüssig der Wankelmütigkeit des Generals, im August 1983 durch einen Staatsstreich von der Macht stiess. Ríos Montt wurde daraufhin einfach nach Hause geschickt, um sich erst einmal zu erholen.

Die Verfassung von 1985 war darin bemüht, vorzubeugen, dass die institutionelle Ordnung durcheinander gebracht wird. Deswegen wurde der *Charta Magna* ein Artikel hinzugefügt, der ausdrücklich den AnführerInnen von Staatsstreichern verbietet, die Präsidentschaft der Republik anzustreben. Auch

wenn dabei direkt an Ríos Montt gedacht wurde, gibt es noch drei weitere Militärs in der gleichen Situation. Doch lediglich das Oberhaupt der FRG hatte darauf beharrt, in der Politik weiterzumachen und sich um den höchsten Posten des Staates zu bewerben.

Dazu gründete er 1989 die Partei und kämpft seitdem darum, als Kandidat eingeschrieben zu werden, Bemühungen, mit denen er 1990 und 1995 scheiterte. Obwohl er 1999 nachgab, erarbeitete er seit dem Triumph seiner Partei in jenem Jahr eine konsistente Strategie, indem er mit seinen SympathisantInnen die wesentlichen Ämter in Schlüsselinstitutionen besetzte, bestes Beispiel ist das Verfassungsgericht (CC).

Diese Strategie erlaubte ihm die Einschreibung, als am vergangenen 14. Juli vier von sieben Richtern des Verfassungsgerichts Ríos Montt Recht gaben. Doch die Freude währte nur kurz: zwei Tage später legte eine vom Obersten Gerichtshof (CSJ) stattgegebene provisorische Berufung die Kandidatur erneut auf Eis und entfesselte den Zorn der FRG und ihrer AnhängerInnen in der Weise, dass der "Schwarze Donners-tag" daraus resultierte.

### Unzufriedene Gesellschaft

Seit 1986 bis heute hatte Guatemala fünf zivile Regierungen nach Jahrzehnten militärischer Diktatur. Doch die Verbesserung der politischen Situation brachte nichts Entsprechendes auf wirtschaftlicher oder sozialer Ebene mit sich. So führt das Land beispielsweise die Liste der lateinamerikanischen Länder bei so harten Indikatoren wie extreme Armut, Analphabetismus, oder Kindersterblichkeit aufgrund völlig vermeidbarer Faktoren an. Selbst Haiti schafft es kaum, diese dunklen Rekorde Guatemalas zu übertreffen.

Guatemala ist ein Land mit überwiegend Agrarwirtschaft, in dem sich die Hälfte der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung dementsprechenden Aufgaben widmet und 60% der Bevölkerung in ländlichen Gebieten wohnt. Doch ist der Dienstleistungssektor in der letzten Dekade so stark gewachsen, dass er inzwischen als zweiter Einkommenszweig für die wirtschaftlich aktive Bevölkerung gilt.

Während Jahrzehnten haben die Verantwortlichen der nationalen Wirtschaft mit der Stabilität der nationalen Konten geprahlt, aber vergessen zu erwähnen, dass der Preis dafür ein wirtschaftliches Null-Wachstum ist. So bestehen die Haupteinnahmen an Devisen in den familiären Geldüberweisungen (man schätzt 2 Milliarden für 2003), die

von den 1,5 Mio. GuatemaltekinInnen geschickt werden, die in den USA leben.

Auch wenn es stimmt, dass es in Guatemala nie zu einer so dramatischen Krise wie einer Hyperinflation gekommen ist, ist doch das fehlende Wachstum das Ergebnis davon, dass niemals ein ökonomischer Wandel riskiert wurde. Für 2003 bestätigt die Bank von Guatemala (BANGUAT), dass die geschätzte Bevölkerungswachstumsrate von 2,64% das erwartete Ziel des wirtschaftlichen Wachstums übertrifft, das gerade einmal 2% erreichen wird. Das heisst also, dass es jeden Tag mehr BürgerInnen mit weniger Reichtum gibt, den sie miteinander teilen. Folgen davon sind immer mehr Arme daheim und immer mehr ImmigrantInnen in Kalifornien.

Die zivilen Regierungen haben wenig dazu beigetragen, diese Situation zu mildern. Der Euphorie über das Ende der Militärregime in 1986 folgte die Ernüchterung der Demokratisierung, zersetzt von der Ineffizienz, der Improvisation und der Korruption. Allein während der aktuellen Regierungszeit der FRG hat die Korruption die GuatemaltekinInnen 2 Milliarden US-Dollar gekostet, so die Angaben des Unternehmerverbandes des Landes. Jene Daten finden ihre Korrelation in der Wahrnehmung der BürgerInnenrechte durch die Bevölkerung: die grösste Wahlabstinz findet sich laut einer Untersuchung des obersten Wahlgerichts (TSE) bei den Jugendlichen.

Die Meinungsumfragen zeigen, dass der Mangel an Arbeitsplätzen und die Unsicherheit die Hauptsorgen der GuatemaltekinInnen sind. Doch die Korruption der öffentlichen FunktionärInnen und das Nichterfüllen der Wahlversprechen sind ebenso heftige Krebsgeschwüre. Alfonso Portillo ist der zivile Präsident mit dem schlechtesten Image im letzten Jahr seiner Amtszeit (79% der Bevölkerung lehnen ihn gemäss einer in der Tageszeitung *Siglo Veintiuno* publizierten Umfrage ab). Andere Studien, wie sie von den Zeitungen *Prensa Libre*, *Nuestro Diario* und *el Periódico* veröffentlicht wurden, enthüllen unterdessen, dass mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sich angesichts des nächsten Wahlprozesses völlig gleichgültig zeigt.

Die Ungleichheit, das Elend und die politische Manipulation haben an das letzte Röcheln der aktuellen guatemaltekinischen Regierung Anschluss gefunden. Zusammen stellen sie ein Risiko für den Wahlprozess dar und provozieren Gewalt, besonders gegenüber der Presse, die scheinbar die einzige Prüferin der schlechten Machenschaften der Partei des Generals ist.

## Nach den Unruhen in der Hauptstadt

**Guatemala, 8. Aug.** Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses des letzten ;Fijáte! war noch nichts Genaues über den Hergang der gewalttätigen Ausschreitungen von FRG-AnhängerInnen in der Hauptstadt bekannt. Die Informationen, die wir bis dahin hatten, haben sich leider bestätigt und wir fügen noch einige Ergänzungen hinzu:

Genau so plötzlich wie die Ausschreitungen begannen, hörten sie auch wieder auf, was auf eine minutiöse Planung und Organisation schliessen lässt. Auch wenn es die FRG abstreitet, Kongressabgeordnete dieser Partei wurden fotografiert, wie sie den Demonstrierenden Anordnungen gaben, Essen und Schlagstöcke verteilten und über Handy Befehle entgegennahmen und weiterleiteten. Zu Ende war der Spuk, als am Freitagmittag (25. Juli) über Lautsprecher die Stimme von Ríos Montt verkündete: "Ich danke euch für die Unterstützung und Begleitung. Ich verspreche, dass Ríos Montt bleibt, ihr könnt in Frieden nach Hause gehen."

Die für die Unruhen in die Hauptstadt hergekarteten Menschen waren zu einem grossen Teil Staatsangestellte aus den Departements. In Totonicapán, Baja und Alta Verapaz und Chimaltenango lief in den öffentlichen Ämtern nicht viel, weil die Angestellten gezwungen wurden, an den Protesten teilzunehmen. Schon Tage zuvor hätten FRG-Mitglieder die Leute instruiert, ihnen 50 Quetzales gegeben und mit Schlagstöcken und Skimützen (zum Vermummen) ausgerüstet. Auch aus Izabal meldete der lokale Vertreter des Menschenrechtsprokurats, dass Staatsangestellte und Bauern gezwungen wurden, an den Protesten teilzunehmen, ein Angestellter des Umweltministeriums sagte, er sei entlassen worden, weil er den Befehl des Gouverneurs von Sacatepéquez

nicht befolgt und sich geweigert habe, in die Hauptstadt zu fahren um zu demonstrieren. Indígenaorganisationen klagten Mitglieder der Regierungspartei an, die Indígenas für ihre Zwecke missbraucht zu haben. Einmal mehr habe man auf diese Bevölkerungsgruppe zurück gegriffen, um für die Politiker die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ihre Forderungen und Rechte ins Regierungsprogramm aufzunehmen, käme ihnen hingegen nicht in den Sinn.

Auffällig war das Nichteingreifen der Polizei, um die Gewalt zu stoppen und die gleichzeitigen Truppenbewegungen, die das Militär im Innern des Landes vollzog. Der Polizeidirektor, Raúl Manchamé erklärte, seine Leute seien von den Demonstrierenden bedroht worden und er habe nicht mit einer Polizeiaktion das Leben der Menschen aufs Spiel setzen wollen, die in den besetzten Gebäuden ausgeharrt hätten. Weiter verwies er darauf, dass die Polizei schliesslich auch nicht eingreife, wenn die sozialen Organisationen ihre Proteste durchführen.

Ebenfalls ins Kreuzfeuer der Kritik kam Innenminister Adolfo Reyes Calderón, weil es in seiner Macht steht, einen Polizei- (oder Militär-) Einsatz anzuordnen. Um seinen eigenen Kopf zu retten, entliess Reyes Calderón umgehend den Polizeichef Manchamé, der, wie er erklärte, seine Befehle nicht ausgeführt habe. Als Nachfolger von Machamé wurde Óscar Raúl Segura eingesetzt, der hoffentlich seinem Namen Rechnung trägt...

Was das Militär betrifft, erteilte Präsident Portillo offenbar dem Chef des militärischen Generalstabs, Enrique Ríos Sosa (Sohn von *El General*), einzugreifen, doch hat es Militärbasen gegeben, die den Befehl verweigerten, da sich das Militär nicht zur "Repressi-

onszwecken" hergebe. Dies nährte die kursierenden Gerüchte über einen Staatsstreich, beginnt doch ein solcher oft mit der Befehlsverweigerung des Militärs.

Unter dem Motto "Guatemala sind wir alle" (in Anlehnung an Ríos Montt's Wahlspruch "Ich bin Guatemala") und als Antwort auf die Aktionen der FRG schlossen sich zivilgesellschaftliche Gruppen (StudentInnen, GewerkschafterInnen, WirtschaftsvertreterInnen aber auch politische Parteien und Menschenrechtsorganisationen) zur Frente Cívico por la Democracia (FCD) zusammen. Ihr gemeinsames Ziel ist, dem politischen Terror etwas entgegenzusetzen und Recht und Ordnung im Land wieder herzustellen. Die FCD will juristisch gegen den Innenminister vorgehen, weil er am 24. und 25. Juli nicht eingegriffen hat, eine Untersuchung einleiten darüber, woher die Mittel stammen, mit denen der Aufruhr finanziert wurde und ein Informationsnetz schaffen, um Anzeigen gegen Verstösse der FRG aufnehmen und weitergeben zu können. Für den 14. August kündigte die FCD eine Grossdemonstration in der Hauptstadt an.

Dieser breite Zusammenschluss ist sicher zu begrüßen. Doch sehen einige PolitologInnen auch eine Gefahr darin. Einerseits wird es schwierig sein, über die Parole "Nein zu Ríos Montt" eine gemeinsame Agenda zu bestimmen. Zu unterschiedlich ist die politische Herkunft der einzelnen Bündnismitglieder, zu denen sich VertreterInnen des Grosskapitals und ehemalige Militärs ebenso zählen wie MenschenrechtsaktivistInnen und linke PolitikerInnen. Zum anderen wird z.B. dem Präsidentschaftskandidaten der GANA, Oscar Berger, unterstellt, aus der FCD (wahl-)politisches Kapital schlagen zu wollen.

## UBS im Eurobono-Geschäft

**Guatemala, 1. Aug.** Die Schweizer Grossbank UBS hat durch die Vermittlung der *Eurobonos 2003* an der internationalen Börse, der guatemalteckischen Regierung zu 300 Mio. US-\$ verholfen. Die *Bonos* (Obligationen) haben eine Laufzeit von zehn Jahren und werden zu 9,25% verzinst. Insgesamt konnten unterdessen *Euro-* oder *Friedensbonos* im Wert von 600 Mio. US-\$ abgesetzt werden, was Guatemala eine tägliche Zinsschuld von ca. 150'000 US-\$ beschert.

Schweizerische Solidaritätsgruppen schlossen sich dem Protest der guatemalteckischen Zivilgesellschaft an und forderten die UBS auf, sofort wieder von

diesem Geschäft zurückzutreten, da befürchtet wird, dass dieses Geld direkt oder indirekt in den Wahlkampf von Ríos Montt fliesst.

Ein Sprecher der UBS betonte gegenüber der Schweizer Wochenzeitung *WoZ*, dass sich die Bank nur unter der Bedingung auf das Geschäft eingelassen habe, dass mit dem Geld nicht die Mitglieder der PAC entschädigt würden. Ausserdem kontrolliere der Internationale Währungsfonds die Geldverwendung. Vorgesehen sei damit die Schuldentilgung, eine Reservebildung und der Bau von Infrastruktureinrichtungen.

Dem gegenüber steht, dass Guate-

mala das zentralamerikanische Land mit den schlechtesten Überwachungsmöglichkeiten bezüglich der Herkunft und Verwendung von Wahlgeldern ist. Und was ist es anderes als Wahlpropaganda, wenn die Regierung FRG drei Monate vor den Wahlen 19% des Geldes (ca. 60 Mio. US-\$), das sie durch die UBS bekommen hat, in den Bau von Strassen und die Reparatur von Schulhäusern steckt? Weitere 122 Mio. gehen in Sozialfonds und sonstige Institutionen. Nebst der Bekämpfung von Waldbränden und der Förderung regionaler Entwicklung fällt erst an vierter Stelle etwas fürs Gesundheitswesen ab.

## Etappensieg für Ríos Montt

**Guatemala, 8. Aug.** Eine knappe Woche nachdem in der Hauptstadt FRG-AnhängerInnen Angst und Schrecken verbreiteten, entschied das guatemaltekische Verfassungsgericht (CC), grünes Licht für die Präsidentschaftskandidatur von General Efraín Ríos Montt zu geben. Die Resolution, befürwortet von den selben vier Richtern wie bereits am 14. Juli, beauftragte das Oberste Wahlgericht (TSE), Ríos Montt innerhalb von 12 Stunden ins Wahlregister einzutragen und verbot gleichzeitig dem Obersten Gerichtshof, weitere Einsprachen in dieser Angelegenheit anzunehmen, bzw. ordnete an, die bereits eingereichten zu suspendieren.

Es waren auch die selben drei Verfassungsrichter (Rodolfo Rohrmoser, Francisco Flores und Carlos Reynoso Gil) wie zwei Wochen zuvor, die sich gegen eine Kandidatur Ríos Montt's aussprachen und sofort nach Bekanntgabe des Entscheids diesen aufs Schärfste verurteilten.

Conchita Mazariegos, ehemalige Präsidentin des Verfassungsgerichts und heute Anwältin der Partei der Hoffnung (UNE), verweist nach wie vor auf die Ver-

fassungswidrigkeit des Entscheids und darauf, dass einmal eingereichte Beschwerden nicht einfach suspendiert werden können.

Noch während Parteiangehörige von Ríos Montt im Präsidentenpalast ihren "Sieg" feierten, verschickten Menschenrechtsorganisationen Protestschreiben gegen die Resolution und riefen dazu auf, am 9. November gegen den General zu wählen. Von der Anwaltskammer forderten sie, ein Ehrengericht einzuberufen und den vier Richtern, die sich für diese "juristische Monstrosität" hergaben, die Lizenz zu entziehen.

Während die einen sich damit abfinden – was noch nicht heisst, dass sie es befürworten – dass der Ex-Putschist an den Wahlen teilnimmt und nun ihre Energie in eine Anti-Ríos-Montt-Kampagne stecken, versuchen andere es noch einmal auf dem juristischen Weg. Im Namen der UNE und deren Präsidentschaftskandidat Alvaro Colom, reichte Conchita Mazariegos bei der Wahlbehörde einen Nichtigkeitsantrag ein, einmal mehr mit dem Ziel, Ríos Montt's Kandidatur als ungültig bezeichnen zu lassen. Falls dieser Antrag erfolglos sein sollte, hoffen die

Fachleute, dass der am 28. Juli eingereichte erfolgreich ist, der fordert, Ríos Montt die Immunität zu entziehen, was ihn automatisch aus dem Wahlkampf ausschliessen würde. Die Chancen für diese Rekurse, durchzukommen, sind gering, umso mehr, da Ríos Montt unterdessen offiziell als Präsidentschaftskandidat der FRG im Wahlregister eingetragen ist.

Unterdessen wächst die Angst, dass die FRG, einmal die Kandidatur von Ríos Montt erreicht, auch alles daran setzen wird, dass er die Wahlen gewinnt. Aus allen Landesteilen treffen Meldungen ein, die befürchten lassen, dass die FRG die Wahlregister manipuliert, Leute einschreibt, die es gar nicht gibt und in privaten Druckereien Identitätskarten drucken lässt, die zur Wahl berechtigten – eine Arbeit, die eigentlich der staatlichen Druckerei vorbehalten ist.

Drei zur Zeit in Guatemala zu einem offiziellen Besuch weilende republikanische Abgeordneten des US-Kongresses warnen davor, dass ihr Land das Freihandelsabkommen TLC nicht unterzeichnen wird, falls es zu einem Wahlbetrug käme und Ríos Montt zum Präsident gewählt würde.

## Fragwürdige (Reise-)Freiheit für Portillo

**Guatemala, 2. Aug.** Falls es im *Caso Panamá* irgendeinen Zweifel über die Bevorzugung politischer Interessen anstelle von juristischen Kriterien gegeben haben sollte, wurde dieser nun endgültig aus dem Weg geräumt mit dem servilen Antrag der neuen Staatsanwältin gegen Korruption, Lily Chinchilla. Diese lehnt in ihrem Dokument jegliche Ermittlungen gegen Präsident Alfonso Portillo wegen seiner mutmasslichen Verbindung mit der *Conexión Panamá* und dem Besitz von rechtswidrigen Konten in jenem Land ab (siehe ¡Fijate! 290). Doch der zuständige Richter gab dieser singulären Aktion der Staatsanwältin nicht statt und begründete seine Entscheidung damit, dass es an Beweisen mangle, um den obersten Mandatsträger all seiner Verantwortung zu entheben. Damit bestätigten sich die Befürchtungen in Bezug auf die Eignung von Lily Chinchilla, einen so delikaten Fall zu betreuen. Ihre Haltung steht in völligem Gegensatz zu der ihrer Vorgängerinnen Karen Fischer und Tatiana Morales, die beide gekündigt hatten, da sie sich von ihrem Vorgesetzten, Generalstaatsanwalt Carlos de León Argueta, unter Druck gesetzt und die Unabhängigkeit ihrer Arbeit untergraben sahen.

Aufgrund der Vorgeschichte betreffend der Einmischung des Generalstaats-

anwaltes in die Arbeit der Sonderstaatsanwältinnen, erscheint seine Politikwissen vorgebende Art durchweg hinterlistig, betrachtet man die Handhabung seiner nebulösen juristischen Aktionen.

Beweise dafür gibt es zur Genüge. Zum Beispiel macht es den Anschein, dass die Strategie der Staatsanwaltschaft im Fall der *Conexión Panamá* Hand in Hand läuft mit der Angelegenheit von Ríos Montt. So geschehen am 14. Juli, dem "Schwarzen Tag" für die Justiz, als "merkwürdigerweise" die Portillo begünstigenden Aktionen in dem Augenblick – in aller Heimlichkeit und ohne Benachrichtigung der Presse – präsentiert wurden, als die Einsprüche für und gegen die Einschreibung des Generals alle öffentliche Aufmerksamkeit für sich beanspruchten.

Offen bleibt nicht nur die Frage an den Chef der Staatsanwaltschaft bezüglich seiner eigenen Angebote, versicherte er doch kürzlich noch, die Ermittlungen "bis zur letzten Konsequenz" zu verfolgen. Noch unerklärlicher erscheint der Versuch, den Präsidenten aus der Sache herauszuziehen, während der Oberste Gerichtshof in Panama gerade erst den Auftrag der Untersuchungen von mindestens neun neu entdeckten Fakten in Sachen *Conexión Panamá* gegeben hat.

Die *Conexión* hat sich ganz offensichtlich in eine Herausforderung für die lokale Justiz entwickelt, deren Möglichkeiten, den Fall zu lösen, sich deutlich verkompliziert haben – dank der politischen Verpflichtungen von De León Argueta mit dem Präsidenten Portillo.

Dieser muss sich währenddessen erst einmal von den Vorkommnissen der letzten Tage erholen und flog eine Woche nach dem "Schwarzen Donnerstag" in Begleitung seiner Familie, seinem Privatsekretär Julio Girón und drei Agenten des Präsidialen Generalstabs nach Miami, USA: eine Woche Urlaub steht an.

Portillos Verhalten wurde im Land scharf kritisiert: "Es ist unverantwortlich, dass Portillo fliegt. Jetzt liegt das Kommando bei den Leuten, die sich Donnerstag und Freitag letzter Woche verummten," so Pablo Ceto, Abgeordneter der *Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG). Alfredo Cojtí von der PAN (*Partei des Nationalen Fortschritts*) hingegen sieht es bereits als normal an, dass der Präsident entrinnt, wenn im Land eine Krise herrscht. Während seiner Amtszeit ist Portillo 63 Mal unterwegs gewesen und weilte allein im laufenden Jahr in den USA, in Peru, Argentinien und El Salvador und hat bis Ende des Jahres noch fünf Auslandsreisen vor sich.

## Nickel und Erdöl – zu jedem Preis?

**Guatemala, 28. Juli.** Verschiedene Gemeinde- und Umweltorganisationen im Departement Izabal gelangten in einer gemeinsamen Deklaration an die Öffentlichkeit. Sie drücken ihre Ablehnung gegenüber der Erteilung von Konzessionen aus, die von der Regierung an die Unternehmen *Chesbar Resources* und *Geostar Metals* zum Abbau von Nickel im Raum El Estor vergeben wurden. Bereits 2001 wurde eine Konzession an die Erdölfirma *Del Atlántico* für die Förderung des "schwarzen Goldes" am Fluss Sarstún vergeben. Die guatemaltekische Regierung wird aufgefordert, von diesen Verträgen zurückzutreten.

Laut Daniel Vogt von der *Entwicklungsvereinigung von El Estor* (AEP-DI) stellen alle drei Verträge nicht nur ein grosses Umwelt-Risiko für die Region dar, sondern verstossen zudem gegen sämtliche nationale und internationale Konventionen.

Das Nickel wird im Tagbau gefördert, wobei ganze Berge dem Erdboden gleichgemacht werden sollen. Diese dra-

stische Landschaftsveränderung und die Verwendung von Chemikalien beim Abbau werden grossen Schaden an Flora und Fauna hinterlassen und die Aktivitäten der Bevölkerung, die sich unter anderem dem Tourismus widmet, völlig lahm legen. Zudem verweist Vogt auf das Beispiel des Abbau-Unternehmens *Exmibal*, das bereits 1982 stillgelegt wurde, dessen Schadstoffe aber immer noch Spuren in der Gegend hinterlassen. Allein von den Risiken der genannten Nickelkonzessionen sind 80 Gemeinden im Umkreis betroffen.

Zudem wurden die Ausschreibungen nicht veröffentlicht. Dies verstösst genauso gegen den Artikel 169 der *Konvention über indigene Völker* der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie die Tatsache, dass die AnwohnerInnen laut diesem Übereinkommen das Recht auf Beteiligung an der Planung und Entscheidung der Ressourcennutzung haben, die Regierung diesem Recht jedoch in keiner Weise Rechnung trägt.

Auch bei der Vergabe der Erdölkonzession existieren laut den Aktivi-

stInnen einige Unrechtmässigkeiten. Zudem hätte ein Ausfluss von Rohöl nicht nur die Verschmutzung und Zerstörung der lokalen Natur und naher Wasserbecken zur Folge, sondern betreffe vor allem die *Meeresbucht von Amatique* und unweigerlich auch den *Río Dulce*. Das ganze Handels- und Touristikpotential der Region würde dramatische Auswirkungen erleiden, denn der einzige Zugang des Landes zum Atlantischen Ozean wäre blockiert, so Yuri Mellini von der Umweltorganisation CALAS.

Als ob diese Perspektiven noch nicht ausreichen würden, manifestierte sich die potentielle Gefahr auf der anderen Seite des Landes: Ein Kraftstoffdepot des Erdölunternehmens COPENSA in Puerto de San Jose, Escuintla, ging aufgrund eines Blitzeinschlags in Flammen auf. Schätzungsweise 60 Tausend Barrel Brennstoff nährten die Flammen, etwa 300 Arbeiter der Firma und zig Familien mussten aufgrund des immensen Kohlendioxidausstosses evakuiert werden.

## Das Gericht vor der Haustür

**Guatemala, 14. Juli.** Die Aktivierung einer Schutzmassnahme wegen familiärer Gewalt kann beim Friedensgericht oder der Staatsanwaltschaft (MP) gut zwanzig Tage dauern. Im "Gerichtsmobil" ist eine solche Angelegenheit in kaum 45 Minuten zu re-

gelten. "Effizienz" ist das meistgebrauchte Wort der BürgerInnen, um die Arbeit des Gerichtsmobils zu beschreiben, das seit vergangenem Mai in verschiedenen Zonen der Hauptstadt seine Arbeit aufgenommen hat. Ein mit allem Notwendigen bequem ausgestatteter Autobus ist Arbeitsplatz von sieben Personen. Sie sind Mitglieder des Mobilteams und verringern durch ihre Tätigkeit die Anhäufung von Fällen beim Friedensrichteramt und in der Staatsanwaltschaft.

Julio Mario Escobar ist ein solcher mobiler Richter und fungiert manches Mal als Eheberater für die Paare, die kommen, um eine Lösung ihrer Konflikte zu suchen, sei es wegen Gewalt in der Familie, Unterhaltszahlungen oder Trennungen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Mediation: "Bevor es zu einem Gerichtsprozess kommt, versuchen wir, die Beteiligten zu einer gütlichen Einigung zu bewegen," so Escobar. "Wir sind bemüht, den Leuten sofort eine Antwort auf ihre Anfragen zu geben. Ist eine Schutzmassnahme notwendig, wird diese augenblicklich angeordnet. Und wenn es Forderungen gibt, werden die Verantwortlichen am selben Tag benachrichtigt."

Etwa zwölf Personen suchen das

Gerichtsmobil täglich auf und bitten um Beratung. Alle vierzehn Tage funktioniert es am gleichen Ort und ist in manchen Zonen bereits zu einer festen Institution geworden, verteilt Termine und wird von immer mehr Interessierten aufgesucht. Schnelligkeit und örtliche Nähe sind schlagende Argumente für diese Einrichtung. Um die Bevölkerung über die Existenz des Mobils zu informieren, werden Flugblätter verteilt, und in der jeweiligen Tagespresse wird ihr Kommen angekündigt.

Personen – Frauen in der Mehrheit – aller Einkommensklassen nutzen das Angebot, wie eins der Teammitglieder beobachtet, und fragen um Rat. In den meisten Fällen (41%) handelt es sich um Gewalt in der Familie, Trennung und Alimente (26%), aussergerichtliche Abkommen (15%), Schutzmassnahmen (11%) und zu 7% um Anzeigen.

Laut Quellen des Justizorganismus (OJ) ist Guatemala nach Brasilien das zweite Land Lateinamerikas, das ein Gerichtsmobil einsetzt. Das aktuelle Pilotprojekt verfügt über zwei Einheiten, eines in der Hauptstadt, ein weiteres in Quetzaltenango. Abhängig vom Erfolg wird über die Erweiterung des Projekts entschieden.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

## Einmal Hinterhof, immer Dreckarbeit

An einem Treffen im April, zu dem US-Präsident Georg W. Bush seine zentralamerikanischen Kollegen Ricardo Maduro (Honduras), Francisco Flores (El Salvador), Alfonso Portillo (Guatemala) und Enrique Bolaños (Nicaragua) einlud, beglückwünschten ihn diese zu seinem Erfolg im Irak und offerierten ihm militärische Unterstützung für den Wiederaufbau des zerstörten Landes. Bereits während der medialen Grossoffensive, die die USA startete, um den Krieg vor der internationalen Gemeinschaft zu legitimieren, hatten sich die zentralamerikanischen Präsidenten voll hinter Präsidenten Bush gestellt.

Mitte Juni wurde das Angebot konkret: Der US-amerikanische Unterstaatssekretär für Verteidigung, Dov Salomon und der spanische Verteidigungsminister, Fernando Diez Moreno, reisten nach Zentralamerika und trafen sich dort mit den Präsidenten und Verteidigungsministern von Honduras, Nicaragua und El Salvador, um die Details über die Verschiebung der zentralamerikanischen Truppen in den Irak zu besprechen.

Am 1. Juli legte der nicaraguanische Präsident dem Parlament einen Vorschlag über die Entsendung von 115 Entminungs-Offizieren vor. Bolaños, lautstarker Befürworter des Kriegs gegen Irak, bezeichnete seinen Vorschlag als "eine Dankbarkeitsbekundung gegenüber der USA für die militärische Unterstützung, die sie in all den Jahren Nicaragua hat zukommen lassen". Weiter bezeichnete Bolaños die Initiative als einen Beitrag zum Frieden. Sandinistische Kongressabgeordnete bekräftigten ihre Ablehnung des Krieges und verurteilten das brutale Vorgehen des US-Militärs gegen die irakische Bevölkerung. Bolaños Vorstoss kam durch, nun muss noch die Finanzierung der Truppenentsendung geklärt werden. Laut Adán Guerra, Verteidigungsminister von Nicaragua, bezahlen zwar die Vereinigten Staaten den grössten Teil, doch muss noch weiteres Geld von der internationalen Gemeinschaft für die Finanzierung des "Auslandjahres" der nicaraguanischen Soldaten gefunden werden.

In Honduras bewilligte das Parlament die Entsendung von 370 Soldaten in den Irak. Das Kontingent soll unter dem Befehl spanischer Offiziere stehen. Präsident Ricardo Maduro bezeichnete den Akt als "Zeichen der Freundschaft und Solidarität mit den USA". Doch auch in Honduras gab es Protest u.a. von der sozialdemokratischen Partei, die "keinen Grund sieht, den US-amerikanischen und britischen Völkermord im Irak zu unterstützen".

El Salvador schickt zwei Gruppen

zu je 360 Soldaten für jeweils sechs Monate. Die linke FMLN, die 31 der 84 Kongresssitze innehat, lehnte den Vorschlag ab mit der Begründung, die salvadorianische Armee solle sich auf die Verteidigung der eigenen Grenzen konzentrieren.

Guatemala nimmt nicht an dem Projekt teil und entsendet keine Truppen. Das soll aber nicht heissen, dass sie die Irak-Invasion der USA nicht befürwortet hätten, Präsident Portillo sicherte seinem Amtskollegen moralische Unterstützung zu. Es waren wohl wahltaktische Gründe, die den guatemaltekischen Kongress davon abhielten, Tuppen in den Irak zu schicken. Auch erwarten die USA in Guatemala eher die restriktive Drogenbekämpfung als Loyalitätsbeweis, denn die Entsendung von Soldaten in den Irak.

Costa Rica seinerseits offerierte diplomatische Unterstützung und reiht sich so in die Gruppe der Länder ein, die den Krieg gegen Irak unterstützen.

Iduvina Hernández, Direktorin der guatemaltekischen Organisation *Sicherheit in Demokratie*, sagte gegenüber *Infopress Centroamericana*, dass die zentralamerikanischen Länder ihre Soldaten nicht freiwillig in den Irak schicken. Vielmehr sei es die wirtschaftliche und militärischen Abhängigkeit von den USA,

die sie dazu zwingen. Man erhoffe sich durch diese Unterstützung bessere Positionen bei den Verhandlungen im Freihandelsabkommen TLC. Ausserdem haben sich die Länder der Region der *Agenda für die regionale Sicherheit* angeschlossen, deren Inhalt unilateral von den Vereinigten Staaten definiert wurde. Als Teil dieser Agenda mussten sie ein bilaterales Abkommen unterzeichnen, mit dem sie US-amerikanischen Militärangehörigen in ihren Ländern Immunität garantieren, falls diese vor dem Internationalen Strafgerichtshof angeklagt würden. Am 2. Juli hat die Regierung Bush ein Gesetz erlassen, das sämtliche Militärhilfe an Länder einfriert, die dieses Abkommen nicht unterzeichnen. El Salvador, Honduras, Nicaragua und Panamá haben bereits unterschrieben.

Laut Iduvina Hernández geht es nicht eigentlich um die – im Verhältnis sehr geringe – Beteiligung zentralamerikanischer Soldaten am Wiederaufbau des Irak. Vielmehr wollen die Vereinigten Staaten das Bild einer möglichst multilateralen Kraft zu konstruieren, die sich am Wiederaufbau des Irak beteiligt. Dies ist umso wichtiger, sind doch Präsident Bush in letzter Zeit die Argumente ausgegangen, mit denen er der immer stärker werdenden Kritik an seiner Irak-Politik begegnet.

## Minenfreiheit

**Guatemala, 28. Juli.** Die Entminungsprogramme, die in den Zonen, die Hauptszenario des internen bewaffneten Konflikts waren, realisiert werden, machen dem Plan der *Friedens- und Entminungskommission* des Kongresses entsprechend Fortschritte (siehe ¡Fijate! 268). Demzufolge sind inzwischen die Departements San Marcos und Quiché so gut wie frei von den Sprengkörpern, informierte jetzt Johnny Cabrera, Koordinator jener Instanz. In den Gemeinden von San Marcos arbeiteten die Entminungsbrigaden, die aus Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr, Angehörigen der Vertriebenen, der *Nationalen Revolutionären Einheit* (URNG) und dem Ingenieurkorps der Armee zusammengestellt sind. Logistische und technische Unterstützung erhalten sie von der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OEA) und internationalen Supervision von Seiten der *Hilfsmission für die Beseitigung von Minen in Zentralamerika* (MARMINCA). Letztgenannte besteht aus Offizieren des *Interamerikanischen Verteidigungsvorstandes* und ist für die Einhaltung von Sicherheitsnormen zuständig.

Insgesamt wurden im Departement San Marcos 138 Sprengsätze zerstört. Dazu gehörten Mörsergranaten, 40mm- und 105mm-Geschosse, Fallen, Tretminen, Claymore-Minen, Kartuschen unterschiedlichen Kalibers und Handgranaten. Parallel dazu wurde für die Bevölkerung ein Sensibilisierungsprogramm durchgeführt.

Nun stehen die Departements Petén, Alta und Baja Verapaz, Escuintla, Retalhuleu, Suchitepéquez, Chimaltenango, Totonicapán, Huehuetenango, Quetzaltenango und Sololá auf dem Räumungs-Plan, die laut Nationalem Entminungsprogramm Zonen mit hohem Risiko in Bezug auf das Vorkommen von Explosionskörpern darstellen.

Cabrera zufolge ist Guatemala eins der am meisten betroffenen Länder Zentralamerikas was Landminen angeht. Während diese in Nicaragua und Honduras in eher begrenzten Gebieten gelegt wurden, wurden sie in Guatemala im ganzen Land verteilt. Der Programmkoordinator schätzt die Anzahl der noch zu räumenden Artefakte auf 4'000, ähnlich viele, wie inzwischen insgesamt deaktiviert wurden.